

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 16.12.2017

Von Reinhard Lauterbach
17.12.2017

Vier Stunden Wahlkampf

*Jahrespressekonferenz des russischen Präsidenten: Putin will bei der Wahl im März als
»Unabhängiger« antreten*



Großer Andrang: Die jährliche Pressekonferenz von Wladimir Putin am Donnerstag in Moskau

Foto: Sergei Karpukhin/REUTERS

Russland wählt am 18. März seinen künftigen Präsidenten. Dieses Datum beschloss am Freitag der Föderationsrat in Moskau. Damit ist der Wahlkampf de facto eröffnet, in dessen Zeichen am Donnerstag auch die traditionell im Dezember stattfindende

Jahrespressekonferenz von Staatschef Wladimir Putin in Moskau stand. Rund 1.600 Journalisten aus dem In- und Ausland waren akkreditiert, dosiert wurden auch kritische Fragen zugelassen, etwa von Berichterstattern aus der Ukraine oder den USA.

Das nachrichtlich ergiebigste Resultat von Putins Ausführungen war seine Erklärung, er wolle als »unabhängiger Kandidat« für eine vierte Amtszeit kandidieren. Das war eine verbale Distanzierung von der Regierungspartei »Einiges Russland«, die seit ihrer Gründung im Jahre 2000 zwangsläufig Abnutzungserscheinungen zeigt. Gleichzeitig hat Putin natürlich die Gewissheit, dass die Partei keinen eigenen Kandidaten gegen ihn aufstellen, sondern ihn unterstützen wird. Politisch positionierte sich Putin im konservativen Flügel, antwortete aber auf die Frage eines chinesischen Korrespondenten, ihm gefalle das Programm der dort regierenden Kommunistischen Partei. Sein eigenes Wahlprogramm sei »praktisch fertig« und werde zu gegebener Zeit vorgestellt.

Manche der Fragen waren eher Stichworte: Warum die Opposition keine gescheiterten Kandidaten aufgestellt habe? Das sei eine Frage an die Regierungsgegner, erwiderte Putin. Die Opposition habe kein positives Programm. Die jüngere Generation wisse schon nicht mehr, wie schlecht es in den 1990er Jahren zugegangen sei. Das Land habe »zehn Jahre praktisch im Bürgerkrieg« gelebt. Die Russen wollten nicht, dass Dutzende von »Poro...Saakaschwilis« herumliefen, schien Putin den nächsten Regimewechsel in Kiew zu antizipieren. Auf die Frage, warum die Korruption nach wie vor grassiere, antwortete Putin ausweichend, er wolle vorschlagen, künftig die leitenden Beamten zwangsweise von Amt zu Amt rotieren zu lassen, »wie bei der Armee«. Warum er diesen Vorschlag erst jetzt machte, blieb offen.

Putin bereitete die russische Öffentlichkeit diskret auf eine Erhöhung des Renteneintrittsalters vor. Die bestehenden Altersgrenzen seien in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts festgelegt worden, inzwischen sei die Lebenserwartung gestiegen. Doch die Erhöhung werde »geringfügig« ausfallen und stufenweise geschehen, so Putin. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. Gleichzeitig kündigte der Präsident »Bonbons« für die Älteren an. So sollten Kleingärten bis zu 600 Quadratmetern – in denen viele ältere Leute, gerade auf dem Lande, große Teile ihrer Lebensmittel anbauen – von der Grundsteuer befreit werden. Zudem schlug er eine Amnestie für Privatleute vor, die mit ihren Abgaben im Rückstand sind. Den Agrariern versprach er staatliche Aufkäufe von Getreide, weil die Preise nach einer Rekordernte in diesem Jahr in den Keller gegangen sind.

Zur internationalen Politik äußerte sich Putin nur knapp. Es seien die USA, die verschiedene Rüstungskontrollverträge verletzt hätten, etwa den zur Abschaffung der Mittelstreckenraketen dadurch, dass sie in Rumänien »Aegis«-Raketenabwehrsysteme aufgestellt hätten. Russland werde keine derartige Abkommen aufkündigen und sich nicht in einen Rüstungswettlauf hineindrängen lassen. Der Staatschef verglich auch die Zahlen der Rüstungsausgaben Russlands und der USA: 46 Milliarden gegenüber 700 Milliarden US-Dollar. Das spreche ja wohl für sich. Ironisch wurde er, als ein nordamerikanischer Korrespondent nach Putins Haltung zur Nordkorea-Krise fragte. Diese sei von den USA angezettelt worden. Es sei »nicht ohne Komik«, wenn sie jetzt von Russland Lösungsansätze verlangten. Moskau sei für eine gewaltfreie Lösung.